Ein Bild, das Text, ClipArt enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Ein Bild, das Text, Schrift, Grafiken, Screenshot enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

**Vorbereitung für die**

**Hearings der designierten EU-Kommissare nach den EU-Wahlen im Herbst**

Ausarbeitung von Fragen aus dem Bereich der Gesundheits- und- Sozialpolitik

Wien, 25.06.2024

**Inhaltsverzeichnis**

[Sicherung öffentlicher Aufträge für gemeinnützige und soziale Organisationen 3](#_Toc170142542)

[Finanzierung der sozialen Daseinsvorsorge 4](#_Toc170142543)

[Versorgung mit Pflegediensten 5](#_Toc170142544)

[Einsatz von Digitaltechnologien in der Pflege 6](#_Toc170142545)

[Substanzen menschlichen Ursprungs 7](#_Toc170142546)

[Förderprogramme zur Bekämpfung des Fachkräftemangels 8](#_Toc170142547)

[Verwaltungsaufwand durch Berichtspflichten 9](#_Toc170142548)

[Fachkräfte: Anerkennung von Qualifikationen 10](#_Toc170142549)

[Fachkräfte: Anwerbeabkommen 11](#_Toc170142550)

[Koordinierte Anwerbung von Fachkräften 12](#_Toc170142551)

[Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Vertriebenenstatus 13](#_Toc170142552)

[Freiwilligenarbeit und Fachkräftemangel 14](#_Toc170142553)

[Beschäftigungskriterien für Just-Transition-Förderungen 15](#_Toc170142554)

[Umschulungsprojekte im Sinne des Just-Transition-Mechanismus 16](#_Toc170142555)

[Qualität in der Angehörigenpflege 17](#_Toc170142556)

[Verteilung der Care-Arbeit und Erwerbsbeteiligung von Frauen 18](#_Toc170142557)

[Unterstützungsangebote für obdach-/wohnungslose Menschen in den …….Herkunftsländern 19](#_Toc170142558)

[Ausbau der Sozialsysteme in Nettoempfängerstaaten 20](#_Toc170142559)

[Bekämpfung von Kinderarmut 21](#_Toc170142560)

[Ungleicher Zugang zu Digitaltechnologien 22](#_Toc170142561)

[Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit 23](#_Toc170142562)

[Arbeitsbesteuerung 24](#_Toc170142563)

[Europäische Mindestlöhne 25](#_Toc170142564)

[Soziale Brennpunkte in Städten 26](#_Toc170142565)

[Nachhaltigkeit auch für sozial benachteiligte Gruppen 27](#_Toc170142566)

[Klimawandelanpassung für sozial benachteiligte Gruppen 28](#_Toc170142567)

[Versorgung mit Pflegediensten in kleineren Gemeinden 29](#_Toc170142568)

[Soziale Teilhabe von älteren Menschen 30](#_Toc170142569)

[Inklusion von Menschen mit Behinderungen 31](#_Toc170142570)

[Europäische Säule sozialer Rechte im Europäischen Semester 32](#_Toc170142571)

[Weiterentwicklung des öffentlichen Auftragswesens der EU 33](#_Toc170142572)

[Klima-Sozialfonds 34](#_Toc170142573)

[Kompetenzen im Bereich Sozialschutz 35](#_Toc170142574)

[EU-Sozialtaxonomie 36](#_Toc170142575)

[LGBTIQ – Schutz vor Diskriminierung 37](#_Toc170142576)

[Gewalt am Arbeitsplatz 38](#_Toc170142577)

# Sicherung öffentlicher Aufträge für gemeinnützige und soziale Organisationen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Aktuell werden viele soziale Dienste an kommerzielle Anbieter ausgelagert, die diese bei niedrigerer Qualität und Arbeitsbedingungen erbringen. **Wie stellen Sie sicher, dass** **gemeinnützige und soziale Organisationen in Zukunft auch entsprechende Aufträge erhalten und diese nicht an kommerzielle Anbieter ausgelagert werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie werden Sie dazu beitragen, dass die nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Versorgung mit sozialen Diensten auch in Zukunft gesichert ist? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen der vergangenen Jahrzehnte haben in vielen EU-Staaten eine signifikante Senkung der Qualität und des Angebots in der öffentlichen Infrastruktur verursacht. Dramatisch ist diese Lage insbesondere im Bereich der sozialen und gesundheitlichen Daseinsvorsorge. Viele Dienste wurden an kommerzielle Anbieter ausgelagert, die diese dann bei niedrigerer Qualität und schlechteren Arbeitsbedingungen, oftmals auch bei höheren Preisen, erbracht haben.[[1]](#footnote-1)

Der demographische Wandel, vor allem die Alterung der Gesellschaft und der damit erhöhte Bedarf nach sozialen Dienstleistungen, aber auch die anhaltende Nachfrage im Bereich der Wohnungslosigkeit, der Integration von Flüchtlingen, etc., erfordern eine nachhaltige Finanzierung der gemeinnützigen und sozialen Organisationen in diesem Bereich, auch um eine Verlagerung auf minderwertige kommerzielle Anbieter zu verhindern. Die Aufgabe der Europäischen Kommission ist es auch dafür Sorge zu tragen, dass Sozialorganisationen und gemeinnützige Organisationen Leistungen der sozialen Daseinsvorsorge kontinuierlich und nachhaltig erbringen können. Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen sowie rein punktuelle Förderungen erschweren dies und sollten daher einer langfristigen Sicherung öffentlicher Aufträge weichen.

# Finanzierung der sozialen Daseinsvorsorge

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der finanzielle Spielraum der Kommunen ist vielerorts stark belastet. Die soziale Daseinsvorsorge erfordert aber eine stabile Finanzierung und kontinuierliche Investitionen durch Kommunen. **Wie stellen Sie sicher, dass die Kommunen und Regionen genug finanziellen Spielraum haben, um die soziale Daseinsvorsorge abzusichern?** |
| **Nachfrage** |
| * Werden in Zukunft öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur vom Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgenommen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Europäische Kommission muss dafür Sorge tragen, dass den Sozialorganisationen und Kommunen die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge durch Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen sowie weitere Vorgaben nicht unmöglich gemacht oder unverhältnismäßig erschwert wird. Interkommunale Zusammenarbeit, öffentlich-rechtliche Verträge und Verwaltungsgemeinschaften sind ebenfalls wichtige Instrumente, um öffentliche Aufgaben effizient und unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Umgangs mit den vorhandenen Finanzmitteln zu erfüllen. Auch diese Formen der Finanzierung und Erbringung sozialer Dienste sollten gestärkt und gefördert werden.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt gibt im Sinne der finanzpolitischen Stabilität klare Schuldengrenzen und -ziele vor. Dabei werden allerdings Ausgaben, die für eine funktionierende soziale Infrastruktur notwendig sind, nicht von anderen Ausgaben unterschieden. Hier ist eine differenziertere Behandlung der öffentlichen Ausgaben erforderlich. Um dem zunehmenden fiskalischen Druck aufgrund des demographischen Wandels zu begegnen,[[2]](#footnote-2) könnten öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur künftig vom Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgenommen werden.

# Versorgung mit Pflegediensten

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der demographische Wandel bzw. die Alterung der Gesellschaft in der EU erhöht die Nachfrage nach Pflegediensten, während gleichzeitig das Angebot an Pflegekräften nicht mitzieht. **Wie stellen Sie sicher, dass auch im Zuge der Alterung der Bevölkerung die öffentliche Versorgung mit Pflegediensten abgesichert wird?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie stellen Sie sicher, dass nicht Private aufgrund des demografischen Wandels und den damit verbundenen Angebotslücken große Profite auf Kosten der Leistbarkeit, Qualität und Arbeitsbedingungen machen? * Nachdem in Schweden bereits Fälle organisierter Kriminalität im Bereich der Langzeitpflege aufgetreten sind: Wie stellen Sie sicher, dass organisierte Kriminalität nicht in den Bereich der Langzeitpflege eindringt bzw. in bestehenden Fällen zurückgedrängt wird? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die EU ist seit einigen Jahren von einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft betroffen, was die Nachfrage nach Pflegediensten erheblich erhöht. Gleichzeitig wächst das Angebot an Pflegekräften nicht im gleichen Maße, was zu einer Versorgungslücke führt. Die große Herausforderung ist dabei bei Personalknappheit die Qualität und Erschwinglichkeit der Pflegeleistungen sicherzustellen. Dabei besteht das Risiko, dass private Anbieter die Lücken der öffentlichen Pflegeversorgung mit kommerziellen Angeboten ausfüllen und dabei ihre Position ausnutzen, um auf Kosten der Qualität, der Arbeitsbedingungen und der Leistbarkeit große Profite zu machen.

In Ländern wie Schweden sind bereits Fälle aufgetreten, in denen die Langzeitpflege von der organisierten Kriminalität als Geldanlage missbraucht wurde. Dabei handelt es sich um Fälle, in denen kriminelle Netzwerke Pflegeunternehmen übernommen haben, um von den staatlichen Fördermitteln zu profitieren, die für die Pflege älterer Menschen bereitgestellt wurden. Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, sind klare gesetzliche Rahmenbedingungen, Überwachungsmaßnahmen und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit notwendig.[[3]](#footnote-3)[[4]](#footnote-4) Wichtiger noch wäre die Sicherstellung einer nachhaltigen funktionierenden Versorgung mit öffentlichen Pflegediensten.

# Einsatz von Digitaltechnologien in der Pflege

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die rasante Entwicklung digitaler Technologien, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz und der Robotik, bietet auch für die Pflege und Gesundheitsversorgung zahlreiche neue Chancen. **Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um den Einsatz von Digitaltechnologien zur Verbesserung von Pflegediensten und der Bekämpfung des Fachkräftemangels zu unterstützen?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie stellen Sie sicher, dass dabei geltende Standards nicht unterlaufen werden? * Wie stellen Sie sicher, dass der Einsatz von Digitaltechnologien in der Pflege menschenzentriert die Arbeit der Pflegenden erleichtert und gleichzeitig die Qualität der Pflege verbessert? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die rasante Entwicklung digitaler Technologien, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz und der Robotik, bietet auch für die Pflege und Gesundheitsversorgung zahlreiche neue Chancen. Diese Technologien können die Effizienz und Qualität der Pflegedienste erheblich steigern und helfen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Maßnahmen, die den Einsatz von Digitaltechnologien unterstützen, umfassen gezielte Investitionen in digitale Infrastruktur, Schulungsprogramme für Pflegekräfte sowie die Förderung von Forschung und Entwicklung. Dabei ist es essenziell, dass geltende Standards und ethische Richtlinien strikt eingehalten werden.

Um sicherzustellen, dass der Einsatz von Digitaltechnologien menschenzentriert bleibt, sollten Pflegekräfte aktiv in die Gestaltung und Implementierung der Technologien eingebunden werden. Ihre Bedürfnisse und ihre Expertise sind entscheidend für die Akzeptanz und Effektivität neuer Technologien im Pflegealltag. Technologien sollten so gestaltet werden, dass sie die Arbeitsbelastung reduzieren, etwa durch Automatisierung von Routinetätigkeiten und Verwaltungsaufgaben, damit Pflegekräfte mehr Zeit für die direkte Patientenversorgung haben. Darüber hinaus ist eine kontinuierliche Evaluation und Anpassung der Technologien notwendig, um sicherzustellen, dass sie tatsächlich die Pflegequalität verbessern und nicht nur zusätzliche Komplexität und Komplikationen hervorrufen. Auch Schulungen und Weiterbildungen müssen regelmäßig angeboten werden, um sicherzustellen, dass Pflegekräfte die neuen Technologien effektiv nutzen können und ihre Fähigkeiten entsprechend ausgebaut werden.

# Substanzen menschlichen Ursprungs

|  |
| --- |
| **Frage** |
| In der Gesundheitsversorgung besteht ein ständiger Bedarf nach Substanzen menschlichen Ursprungs. Der kommerzielle Handel mit diesen besonders sensiblen Substanzen birgt zahlreiche Risiken. **Planen Sie weitere legislative Schritte in Bezug auf die Verordnung über Substanzen menschlichen Ursprungs?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie kann eine stabile Versorgung medizinischer Einrichtungen mit Substanzen menschlichen Ursprungs sichergestellt werden? * Wie können Sie sicherstellen, dass der Handel mit Substanzen menschlichen Ursprungs nicht kommerzialisiert wird? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Im Frühjahr 2024 haben EU Parlament und Rat der EU die Verordnung zur Bereitstellung von Substanzen menschlichen Ursprungs (SoHO) für medizinische Zwecke angenommen, mit dem Ziel die Sicherheit und Qualität von Substanzen menschlichen Ursprungs für medizinische Anwendungen am menschlichen Körper zu gewährleisten.[[5]](#footnote-5) Die Verordnung soll die kontinuierliche und stabile Verfügbarkeit von SoHO-Therapien auf der Grundlage hoher Sicherheits- und Qualitätsstandards unterstützen. Neben der weiteren Harmonisierung der Gesundheitsversorgung in der EU, sollen damit die Bedingungen für sichere, effektive, zugängliche und leistbare Innovationen in diesem heiklen Sektor sichergestellt werden. Damit soll die Verordnung auch einen Teil zur Verwirklichung der Europäischen Gesundheitsunion und der digitalen Zukunft im Gesundheitsbereich leisten.

Bedenken gibt es hinsichtlich der kommerziellen Nutzung und des Handels mit Substanzen menschlichen Ursprungs. Diese hochsensiblen Substanzen sollten nicht kommerzialisiert werden. Hier muss auch die Einhaltung ethischer Grundsätze sichergestellt sein.

Die Versorgung medizinischer Einrichtungen mit notwendigen Therapien auf der Basis von SoHo ist von freiwilligen und unentgeltlichen Spenden abhängig. In Österreich ist beispielsweise das Rote Kreuz ein unersetzlicher Versorger mit Blutkonserven, die Patient:innen mit schweren Krankheiten, nach einem Unfall oder auch nach der Geburt benötigen. Diese sind auf freiwillige Spenden aus der Bevölkerung angewiesen. Daher muss auch hier das Vertrauen und die Sicherheit geschaffen werden, die kommerzielle Anbieter zerstören könnten.

# Förderprogramme zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der Fachkräftemangel in der EU bedroht die grüne Transformation der europäischen Wirtschaft sowie die Erhaltung des Wohlstandes in der EU. **Gedenken Sie Förderprogramme aufzusetzen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie könnten derartige Förderprogramme ausgestaltet sein? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Der Fachkräftemangel stellt eine erhebliche Herausforderung für die Volkswirtschaften der Europäischen Union dar und hat weitreichende Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von Unternehmen sowie auf die gesamte Wirtschaft. Förderprogramme zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sind daher von zentraler Bedeutung, um die notwendige Qualifikation der Arbeitskräfte zu sichern.

In Bezug auf die nachgefragten Qualifikationen sind vor allem Arbeitsstellen mit manuellen Tätigkeiten von Arbeitskräftemangel betroffen, darunter vorrangig elementare Berufe, etwa im Transport- und Bauwesen, allen voran Putzkräfte. Vergleichsweise hoch ist der Arbeitskräftemangel auch bei hoch qualifizierten Beschäftigungsarten wie Gesundheitsberufen, Jurist:innen und Sozialarbeiter:innen. Vor allem viele der für die grüne Wende notwendigen Berufe sind vom Arbeits- und Fachkräftemangel betroffen. Dazu zählen neue Jobs im hoch qualifizierten Bereich, aber auch elementare Berufe im Produktionssektor, Bau- und Transportwesen, ebenso in der Wasserversorgung, Abwasseraufbereitung und Müllentsorgung. Das bedeutet, zentrale Sektoren der ökologischen Wende sind von zunehmendem Arbeitskräftemangel betroffen. So die zentralen Erkenntnisse aus dem Bericht zur Beschäftigung und sozialen Lage in Europa (ESDE).[[6]](#footnote-6)

Durch Bildungs- und Weiterbildungsinitiativen können bestehende Mitarbeiter ihre Fähigkeiten erweitern und neue Kompetenzen erwerben, die den aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Dies erhöht nicht nur die Produktivität, sondern auch die Motivation und Zufriedenheit der Arbeitnehmer. Darüber hinaus tragen solche Programme dazu bei, die Arbeitslosenquote zu senken, indem sie Menschen, die bislang keinen Zugang zu qualifizierter Bildung hatten, neue Perspektiven bieten. Derartige Förderprogramme könnten verschiedene Formen annehmen. Eine Möglichkeit sind Stipendien und finanzielle Unterstützungen für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Dazu gehören sowohl klassische Bildungsgänge an Hochschulen als auch berufsbegleitende Kurse und Schulungen. Unternehmen könnten durch Steuervergünstigungen oder direkte Zuschüsse ermutigt werden, in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu investieren.

# Verwaltungsaufwand durch Berichtspflichten

|  |
| --- |
| **Frage** |
| In den vergangenen Jahren hat es eine Vielzahl an neuen EU-Regularien gegeben, die einerseits durch Berichtspflichten und andererseits durch zunehmende Anforderungen an die Verwaltung neue Administrationskosten verursachen und neue Personalstellen erforderlich machen. In Zeiten des demographischen Wandels und des zu erwartenden Rückgangs der Erwerbsbevölkerung ist dieser zusätzliche Verwaltungsaufwand immer schwerer zu bewältigen. **Wie können Sie dazu beitragen, den Verwaltungsaufwand aufgrund von Berichtspflichten und übermäßigen und komplexen Regularien zu reduzieren?** |
| **Nachfrage** |
| * Was gedenken Sie aus den aufgrund der Berichtspflichten gesammelten Daten zu machen? * Wie können heikle Unternehmensdaten, die aufgrund von Berichtspflichten gesammelt werden, vor unerlaubten Zugriffen geschützt werden? * Wie stellen Sie sicher, dass insbesondere kleine gemeinnützige Organisationen den Aufwand aufgrund von Berichtspflichten für EU-Ziele gering halten können? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die **Reduzierung des Verwaltungsaufwands** aufgrund von Berichtspflichten und komplexen Regularien ist eine grundlegende Herausforderung der Europäischen Union. Der aktuelle Fach- und Arbeitskräftemangel verschärft die Problematik nochmals.

Grundsätzlich können überbordende Berichtspflichten und komplexe Regularien der EU die Effizienz und Effektivität von Organisationen am Binnenmarkt einschränken. Der Verwaltungsaufwand bindet wertvolle Ressourcen, die teils auch in die eigentlichen Kernaufgaben der Organisationen fließen könnten. Dies gilt besonders für kleine gemeinnützige Organisationen, die oft über begrenzte finanzielle und personelle Mittel verfügen. Der hohe Verwaltungsaufwand kann diese Organisationen übermäßig belasten und ihre Handlungsfähigkeit einschränken.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Datensammlung aufgrund von Berichtspflichten. Diese Daten sind oft sensibel und erfordern sorgfältige Handhabung. Die Speicherung und Verarbeitung solcher Daten kann nicht nur technisch anspruchsvoll, sondern auch risikoreich sein. Heikle Unternehmensdaten müssen daher vor unerlaubten Zugriffen umfassend geschützt werden.

Für kleine gemeinnützige Organisationen ist die Verwaltung solcher Daten besonders herausfordernd, da ihnen oft die Ressourcen für eine umfassende Cybersecurity fehlen. Daher ist es wichtig, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und die Regularien zu vereinfachen, um sicherzustellen, dass diese Organisationen ihre sozialen und gemeinnützigen Aufgaben effizient erfüllen können.

# Fachkräfte: Anerkennung von Qualifikationen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der Fachkräftemangel in Europa, verbunden mit dem demografischen Wandel in den EU-Mitgliedstaaten, macht es notwendig Pflegekräfte auch aus Drittstaaten anzuwerben. Aktuell stehen der Arbeitsmarktintegration ausländischer Fachkräfte bürokratische Schwierigkeiten in der Anerkennung ihrer Bildungstiteln entgegen. **Wie stellen Sie sicher, dass Nostrifikationen, d.h. die Anerkennung von Qualifikationstiteln, im Pflegebereich vereinfacht werden?** |
| **Nachfrage** |
| - |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Der Fachkräftemangel in Europa, insbesondere im Pflegebereich, erfordert Maßnahmen zur Anwerbung von Pflegekräften aus Drittstaaten. Allerdings stehen bürokratische Hürden, insbesondere bei der Anerkennung von Bildungstiteln, der Arbeitsmarktintegration ausländischer Fachkräfte entgegen. Um die Nostrifikationen, also die Anerkennung von Qualifikationstiteln, im Pflegebereich zu vereinfachen, sind mehrere Ansätze relevant:

Transparente und effiziente Verfahren für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen müssen etabliert sein, damit ausländische Fachkräfte schnell am Arbeitsmarkt integriert werden können. Dies umfasst die Nostrifikation von Diplomen, Prüfungszeugnissen oder sonstigen Befähigungsnachweisen.

Auch die Einheitlichkeit in der EU spielt dabei eine wichtige Rolle. Gemeinsame Standards und Kriterien können den Prozess erleichtern und damit auch die Attraktivität des europäischen Arbeitsmarktes für Fachkräfte erhöhen.

Ein weiterer Aspekt ist der Zugang zu Informationen über Anerkennungsverfahren. Diese müssen für Pflegekräfte aus Drittstaaten leicht zugänglich sein. Das beinhaltet Beratungsstellen und Online-Ressourcen, die auch mehrsprachig verfügbar sind.

Für die Nostrifikationen ist die Zusammenarbeit der EU mit Drittstaaten unumgänglich, da nur so auch gefälschte Qualifikationen identifiziert und der Qualifikationsgrad evaluiert werden kann. Bilaterale Abkommen und gegenseitige Anerkennung können den Prozess beschleunigen.

# Fachkräfte: Anwerbeabkommen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| **Werden Sie daran arbeiten neue Anwerbeabkommen für Fachkräfte aus Drittstaaten zu initiieren, um dem Fachkräftemangel in der EU, insbesondere im Pflegebereich zu begegnen?** |
| **Nachfrage** |
| * Mit welchen Staaten können Sie sich vorstellen, solche Anwerbeabkommen abzuschließen? * Wie können Sie sicherstellen, dass sowohl das Zielland, das Herkunftsland und die Arbeitskräfte selbst davon profitieren (Tripple Win)? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Sowohl im höher- als auch niedrigqualifizierten Bereich werden EU-weit immer mehr Arbeitskräfte benötigt. Daher wird zunehmend auch auf die Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland gesetzt. Um eine breite Wirkung erreichen zu können, bräuchte es eine koordinierte gemeinsame EU-Migrationspolitik. Diese steht allerdings in einem Spannungsverhältnis zu nationalstaatlicher Souveränität, was sich wiederum in Umsetzungsschwierigkeiten und Effizienzproblemen in der gebündelten Verteilung von migrantischen Arbeitskräften äußert.

Die „Blue-Card“ ist hinter den Erwartungen bisher zurückgeblieben. Daher hat die EU-Kommission etwa den „EU-Talente-Pool“[[7]](#footnote-7) vorgeschlagen, der Personen aus Drittstaaten basierend auf ihren Qualifikationen mit offenen Stellen in EU-Staaten „matchen“ soll. Diese und weitere Maßnahmen zur Eindämmung des Fachkräftemangels hat die EU-Kommission am 27.April 2022 in der Mitteilung zur Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus Drittländern veröffentlicht.[[8]](#footnote-8)

Die Einigung zum „Migrations- und Asylpakt“[[9]](#footnote-9) in EU-Parlament und Rat Ende letzten Jahres, hat kaum neue Lösungen hervorgebracht. Zwar wurden die zentralen Probleme diskutiert und ausgearbeitet, nachhaltige Lösungen in der Asylpolitik und der Anwerbung von Arbeitskräften sind daraus aber nicht hervorgegangen.

# Koordinierte Anwerbung von Fachkräften

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der globale Wettbewerb um Fachkräfte verschärft sich momentan immer stärker. **Wie können Sie eine koordinierte Vorgehensweise innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten bei der Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten unterstützen und wie verhindern Sie, dass EU-Staaten um Fachkräfte konkurrieren und sich gegenseitig Fachkräfte abwerben?** |
| **Nachfrage** |
| * Beabsichtigen Sie in der Anwerbung von Fachkräften ein Quotenmodell einzusetzen, d.h eine Regelung, die Anreize für eine einigermaßen ausgeglichene Verteilung schafft, um einen Fachkräftewettbewerb innerhalb der EU abzuwenden? * Was könnten dabei Kriterien für die Verteilung sein? * Wie könnten die Quoten aussehen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Der globale Wettbewerb um Fachkräfte verschärft sich immer weiter. Derzeit ist die EU gegenüber den USA, Kanada und Australien noch klar im Hintertreffen. Die EU muss daher ihre Position als Fachkräftestandort international verbessern. Aber auch innerhalb der EU nimmt der Wettbewerb zu. Dies birgt große Risiken für eine sehr ungleiche wirtschaftliche Entwicklung und ein weiteres Auseinanderdriften der europäischen Regionen und Staaten. Es bedarf daher eines koordinierten Vorgehens innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, gerade auch um ein gegenseitiges Abwerben von Fachkräften zu verhindern.

Zu diesem Zweck sollte die EU generell den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördern. Gemeinsame Initiativen und koordinierte Vorgehensweisen bei der Anwerbung und Integration von Fachkräften können die Konkurrenzsituation entschärfen. Auch hier sind einheitliche Standards und transparente Verfahren bei der Anerkennung von Qualifikationen ausländischer Arbeitskräfte förderlich für die Integration und Verteilung in der EU.

Ein Quotenmodell könnte Anreize für eine ausgewogene Verteilung von Fachkräften schaffen. Die Kriterien für Quoten könnten auf dem Arbeitsmarktbedarf, demografischen Faktoren und den spezifischen Rahmenbedingungen regionaler Arbeitsmärkte basieren. Dabei ist es auch wichtig, dass die Quoten flexibel und anpassbar sind, um auf sich ändernde lokale Bedürfnisse und sozioökonomische Entwicklungen zu reagieren.

# Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Vertriebenenstatus

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Derzeit leben viele Menschen mit Vertriebenenstatus in der Grundversorgung. Viele sind noch nicht in die europäischen Arbeitsmärkte integriert. Gründe dafür sind Probleme bei der Kinderbetreuung und der Integration in die Bildungssysteme sowie die fehlende Anerkennung von in Drittstaaten erworbenen Qualifikationen und Bildungsabschlüssen. **Welche Maßnahmen planen Sie, um Menschen mit Vertriebenenstatus schneller in die europäischen Arbeitsmärkte zu integrieren?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie können Sie sicherstellen, dass die Kinder von Vertriebenen in die Bildungssysteme integriert werden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Ein Faktor, der die demografische Entwicklung hin zu einer alternden Gesellschaft und einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung abmildert, ist die Migration. Bereits jetzt sind Migrant:innen vorrangig in Sektoren aktiv, die von Arbeitskräftemangel betroffen sind. Es bestehen weiterhin große Hürden der Arbeitsmarktintegration, die im aktuellen politischen Klima teils verschärft werden. Durch weiteren Zuzug, aber mehr noch durch Abbau bestehender Hürden für Personen mit Migrationshintergrund, die bereits in der EU leben, können diese Gruppen zur Abschwächung des Arbeitskräftemangels beitragen.

Die schnelle Integration von Menschen mit Vertriebenenstatus in die europäischen Arbeitsmärkte fördert nicht nur den sozialen Zusammenhalt Kohäsion, sondern mildert auch den Arbeitskräftemangel und damit die derzeitige Überbelastung der Arbeitskräfte in vielen Sektoren. Eine rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglicht es Menschen mit Vertriebenenstatus schnell finanziell unabhängig zu werden und aktiv zur Wirtschaft beizutragen. Dies reduziert auch die Belastung der europäischen Sozialsysteme.

Für die Kinder von Vertriebenen ist der Zugang zu Bildung entscheidend. Eine frühzeitige Integration in das Bildungssystem unterstützt die sprachliche und kulturelle Integration und legt den Grundstein für ihre zukünftige Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Bildung ist ein zentraler Faktor für Chancengleichheit und sozialen Aufstieg, und die Integration von Kindern in das Schulsystem fördert langfristig stabile Lebensverläufe.

# Freiwilligenarbeit und Fachkräftemangel

|  |
| --- |
| **Frage** |
| In einigen EU-Staaten werden viele soziale Dienste durch Freiwilligenarbeit erbracht. Gleichzeitig sind gerade auch Sozialorganisationen vermehrt vom Fachkräftemangel betroffen. **Wie gedenken Sie Freiwilligenarbeit zu fördern und welche Bedeutung sehen Sie in der Freiwilligenarbeit, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken?** |
| **Nachfrage** |
| * In welchen Sektoren können Sie sich das vorstellen? * Wie stellen Sie sicher, dass durch die Freiwilligenarbeit keine Senkung der Qualität der erbrachten Dienstleistung eintritt? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Freiwilligenarbeit spielt eine entscheidende Rolle in der Bereitstellung sozialer Dienste und kann dazu beitragen, den Fachkräftemangel in einigen EU-Staaten zu mildern.

Freiwilligenarbeit ermöglicht es Menschen, neue Fähigkeiten zu erlernen und praktische Erfahrungen zu sammeln, die ihre berufliche Qualifikation und Arbeitsmarktintegration verbessern. Dies kann langfristig dazu beitragen, dass Freiwillige sich für eine berufliche Laufbahn in den Bereichen entscheiden, in denen sie sich engagiert haben, was auch den Fachkräftemangel abmildern kann. Darüber hinaus fördert Freiwilligenarbeit den sozialen Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl. Menschen, die sich freiwillig engagieren, entwickeln oft ein starkes Verantwortungsbewusstsein und eine enge Bindung zur Gemeinschaft. Ganz allgemein fördert Freiwilligenarbeit soziale Kontakte und Integration, sowohl für die Helfenden als auch für die Begünstigten. Damit trägt Freiwilligenarbeit zur allgemeinen Resilienz der Gesellschaft bei.

Dabei ist es wichtig sicherzustellen, dass die Qualität der erbrachten Leistungen nicht sinkt. Dies kann durch gezielte Schulungen und klare Standards gewährleistet werden. Freiwillige können durch professionelle Schulungen und Mentoring-Programme unterstützt werden, sodass ihre Arbeit nicht die hohen Standards von festangestellten Fachkräften unterläuft.

# Beschäftigungskriterien für Just-Transition-Förderungen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Mit dem Aufkommen des Just-Transition-Fonds steht die EU vor der Herausforderung, eine gerechte und nachhaltige Transformation ihrer Wirtschaft zu gewährleisten. Dabei ist es essenziell, Beschäftigungskriterien einzuführen, die sicherstellen, dass die Fördermittel gezielt dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Diese Kriterien sollten sowohl die Schaffung neuer Arbeitsplätze als auch die Umschulung und Unterstützung von Arbeitnehmer:innen, insbesondere in Regionen und Sektoren, die vom Strukturwandel betroffen sind. **Inwiefern planen Sie, Auszahlungen aus dem Just-Transition-Fonds mit dem Joberhalt in den Betrieben zu verbinden?** |
| **Nachfrage** |
| - |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Der Just-Transition-Fonds zielt darauf ab, die sozioökonomischen Auswirkungen des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu mildern und sicherzustellen, dass Regionen und Sektoren, die Großteils von fossilen Brennstoffen abhängig sind, angemessen unterstützt werden. Ein zentrales Anliegen ist es, Beschäftigungskriterien einzuführen, die gewährleisten, dass die Fördermittel gezielt dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Dies umfasst die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Schulung und Unterstützung von Arbeitnehmer, insbesondere in vom Strukturwandel betroffenen Sektoren wie der Energie-, Kohle- und Automobilindustrie. Die Mittel des Fonds haben das Potenzial langfristige finanzielle Unterstützung zu bieten, nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und die Resilienz der betroffenen Regionen zu stärken.

Um sicherzustellen, dass Just-Transition-Fonds effektiv zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen, ist geplant, die Auszahlungen mit Beschäftigungskriterien zu verbinden. Unternehmen, die Mittel aus dem Fonds erhalten, müssen nachweisen, dass sie Maßnahmen ergreifen, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, wie es beispielsweise die Richtlinie zur Qualifizierungs- und Beratungsförderung des Landes Kärnten vorschlägt.[[10]](#footnote-10) Weitere Maßnahmen sollen nicht nur den Erhalt von Arbeitsplätzen unterstützen, sondern auch die soziale Akzeptanz für den notwendigen ökologischen Wandel erhöhen und einen reibungslosen Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft ermöglichen.

# Umschulungsprojekte im Sinne des Just-Transition-Mechanismus

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der Just-Transition-Mechanismus zielt darauf ab, einen gerechten und inklusiven Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu gewährleisten, indem sie sowohl Arbeitsplätze als auch Gemeinschaften unterstützt, die von traditionellen, kohlenstoffintensiven Industrien abhängig sind, und gleichzeitig den Übergang zu nachhaltigen, grünen Arbeitsplätzen fördert. Im Rahmen dieses Konzepts werden Umschulungsprojekte und Programme entwickelt, um betroffene Arbeitskräfte auf neue Berufe und Beschäftigungsmöglichkeiten vorzubereiten. **Welche Umschulungsprojekte planen Sie und wo sehen Sie Notwendigkeiten, um die Mitgliedstaaten zu unterstützen?** |
| **Nachfrage** |
| * Was sind Ihre geplanten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Transition durch Umschulungen keine Verschlechterung der Arbeitsplätze verursacht? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Der Just-Transition-Fonds zielt darauf ab, die sozioökonomischen Auswirkungen des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu mildern und sicherzustellen, dass Regionen und Sektoren, die Großteils von fossilen Brennstoffen abhängig sind, angemessen unterstützt werden. Ein zentrales Anliegen ist es, Beschäftigungskriterien einzuführen, die gewährleisten, dass die Fördermittel gezielt dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Ein besonderer Fokus liegt auf der Unterstützung von Umschulungsprojekten und Programmen, die betroffene Arbeitskräfte auf neue Berufe und Beschäftigungsmöglichkeiten vorbereiten. Diese Umschulungsinitiativen umfassen berufliche Weiterbildung, Ausbildungsprogramme und finanzielle Unterstützung. Die Herausforderung besteht jedoch darin, sicherzustellen, dass diese Umschulungsprojekte ausreichend finanziert und effektiv durchgeführt werden, um den spezifischen Bedürfnissen der betroffenen Arbeitnehmer:innen gerecht zu werden.

Aus Sicht der öffentlichen Wirtschaft, besteht in dem Bereich die Notwendigkeit eng mit lokalen und regionalen Behörden, Bildungseinrichtungen und der Privatwirtschaft zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Umschulungsmaßnahmen zielgerichtet und praxisnah sind. Dazu müssen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um die Durchführung dieser Programme zu unterstützen und den Übergang zu erleichtern.

# Qualität in der Angehörigenpflege

|  |
| --- |
| **Frage** |
| In vielen Familien werden notwendige Pflege- und Betreuungsdienste von Angehörigen erbracht. Der Fachkräftemangel im Pflege- und Betreuungssektor wird möglicherweise den Anteil pflegender Angehöriger gegenüber der formalen Pflege noch weiter erhöhen. **Inwieweit werden Sie nationale und kommunale Initiativen unterstützen, um die Qualität der Angehörigenpflege zu verbessern?** |
| **Nachfrage** |
| * Planen Sie Förderungen im Bereich der Weiterbildung und Unterstützung von pflegenden Angehörigen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

In vielen Familien übernehmen Angehörige unter großem persönlichen und finanziellen Aufwand die notwendige Pflege und Betreuung. Der Fachkräftemangel im Pflege- und Betreuungssektor könnte dazu führen, dass der Anteil der pflegenden Angehörigen im Vergleich zur formalen Pflege weiter steigt. Daher ist Unterstützung nationaler und kommunaler Initiativen zur Verbesserung der Qualität der Angehörigenpflege von entscheidender Bedeutung.

Förderungen im Bereich der Weiterbildung und Unterstützung von pflegenden Angehörigen sind essenziell, um die Qualität der Pflege zu sichern und zu verbessern. Durch gezielte Weiterbildungsprogramme können pflegende Angehörige die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, um eine qualitativ hochwertige Pflege zu gewährleisten. Dies umfasst sowohl medizinische als auch psychologische Aspekte der Pflege, um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden.

Darüber hinaus entlasten Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige, wie finanzielle Leistungen, Beratungsdienste, Schulungen und psychosoziale Unterstützung und verhindern Überlastung und Burnout. Dies trägt nicht nur zur Gesundheit und Lebensqualität der Pflegebedürftigen bei, sondern auch zur langfristigen physischen und psychischen Gesundheit der Pflegenden selbst.

# 

# Verteilung der Care-Arbeit und Erwerbsbeteiligung von Frauen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Frauen tragen immer noch die Hauptlast familiärer Verpflichtungen der Care-Arbeit, von der Kinderbetreuung, Haushaltsorganisation, bis zur Reinigung. Dies wirkt sich negativ auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auch auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen aus. **Wie können Sie eine gleichmäßigere und gerechtere** **Verteilung der Care-Arbeit in Haushalt und Familie unterstützen?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Anreize wollen Sie setzen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen zu verbessern und die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen? * Welche Anreize wollen Sie setzen um intersektionale Benachteiligungen in der Verteilung der Care-Arbeit, d.h. Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts verbunden mit Migrationshintergrund, religiöser Zugehörigkeit, sozioökonomischen Status, etc., zu reduzieren? * Welche Anreize wollen Sie setzen damit insbesondere auch migrantische Frauen stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt stellt einen zentralen Hebel im Kampf gegen den Arbeits- und Fachkräftemangel, aber vor allem im Kampf gegen Altersarmut dar, die Frauen auch stärker betrifft. Das kann aber nur erreicht werden, wenn die familiären Verpflichtungen der Care-Arbeit gleichmäßiger verteilt werden.

Darüber hinaus ist es wichtig, intersektionale Benachteiligungen in der Verteilung der Care-Arbeit zu adressieren. Migrantische Frauen sind noch stärker von Benachteiligung betroffen und tragen gleichzeitig eine höhere Pflege- und Betreuungslast. Dies erschwert ihre Integration in den Arbeitsmarkt und verstärkt bestehende Ungleichheiten. Hier gibt es daher einen großen Handlungsbedarf, um intersektionale Benachteiligungen am Arbeitsmarkt, etwa aufgrund des sozioökonomischen Status, des Migrationshintergrunds, religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, usw. zu beseitigen und die Erwerbsbeteiligung dieser zu erhöhen.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, könnten verschiedene Anreize gesetzt werden. Dazu gehören beispielsweise flexible Arbeitszeitmodelle, bezahlte Elternzeit und steuerliche Vorteile für Familien, die Care-Arbeit gerecht aufteilen. Spezifische Förderprogramme für migrantische Frauen, wie etwa Sprachkurse, berufliche Weiterbildung und Mentoring-Programme, können deren Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen und ihre beruflichen Chancen verbessern. Aber auch Männer müssen in diesen Prozess miteinbezogen werden, um veraltete Rollenbilder in der Verteilung der Care-Arbeit in Haushalt und Familie abzubauen.

# Unterstützungsangebote für obdach-/wohnungslose Menschen in den Herkunftsländern

|  |
| --- |
| **Frage** |
| In den vergangenen Jahren gab es einen Anstieg in den Zahlen der obdachlosen zugewanderten EU-Bürger:innen, die keinen Zugang zu nationalen Grundsicherungssystemen im Zielland haben. Aufgrund fehlender Unterstützungssysteme, Diskriminierung oder auch Kriminalisierung in den Herkunftsländern bleiben viele im Zielland ohne Aussicht auf Beschäftigung. **Welche koordinierenden Maßnahmen können Sie setzen, damit die Sozialsysteme und Unterstützungsangebote in den Mitgliedstaaten, insbesondere in den Städten, ausgebaut werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie können die europäischen Sozialschutzsysteme ohne ein Senken von Standards in einigen Mitgliedstaaten weiter angeglichen werden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Oft sind mobile EU-Bürger:innen – neben anderen Herausforderungen – damit konfrontiert, dass sie einen Hauptwohnsitz belegen müssen, um eine Anstellung zu finden. Gleichzeitig braucht es aber Beschäftigung und Einkommen, um eine Wohnung mieten zu können bzw. sozialrechtliche Ansprüche zu erlangen. Die Folge ist oftmals Obdachlosigkeit, die sich insbesondere in den Städten manifestiert. Diese verfügen aber nicht über die Ressourcen um adäquate, langfristige Unterstützung zu bieten. Wichtige Aspekte, um dieser Entwicklung gegenzusteuern, sind insbesondere die Angleichung bzw. Stärkung der Grundsicherungs- und Sozialsysteme sowie ein Ausbau der Unterstützungsangebote für obdach-/wohnungslose Menschen in den Herkunftsländern.

Noch allgemeiner ist die Koordinierung und der Ausbau von Sozialsystemen und Unterstützungsangeboten in den Mitgliedstaaten von großer Bedeutung für die soziale und wirtschaftliche Stabilität in Europa. Angesichts zunehmender sozialer Ungleichheiten und wirtschaftlicher Herausforderungen ist ein starkes, integriertes soziales Sicherheitsnetz essenziell. Diese Maßnahmen fördern nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern stärken auch die Resilienz der Gesellschaft gegen wirtschaftliche und soziale Krisen.

Ein wichtiger Aspekt ist die Angleichung der europäischen Sozialschutzsysteme, ohne die Standards in einigen Mitgliedstaaten zu senken. Besonders in Städten, die häufig mit den größten sozialen Herausforderungen konfrontiert sind, ist der Ausbau von Sozialsystemen und Unterstützungsangeboten entscheidend. Dazu gehören umfassende Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Unterstützung für Arbeitslose, Zugang zu erschwinglichem Wohnraum und Gesundheitsversorgung sowie Bildungs- und Weiterbildungsprogramme. Durch eine koordinierte Herangehensweise können die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass alle Bürger, unabhängig von ihrem Wohnort, Zugang zu angemessener sozialer Unterstützung haben. Dies stärkt nicht nur die sozialen Strukturen, sondern fördert auch die wirtschaftliche Entwicklung, indem es die Teilhabe aller Bürger am Arbeitsmarkt und gesellschaftlichen Leben verbessert.

# Ausbau der Sozialsysteme in Nettoempfängerstaaten

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Im Rahmen der EU-Kohäsionsfonds werden große Summen an EU-Geldern an die jeweiligen Mitgliedstaaten verteilt, mit dem Ziel, die wirtschaftliche Konvergenz zwischen den EU-Staaten und Regionen zu fördern. Mit diesen Mitteln verfügt die EU auch über einen Hebel, um eine Aufwärtskonvergenz in den Sozialsystemen der Mitgliedstaaten zu fördern. **Wie kann sichergestellt werden, dass die Netto-Empfänger von EU-Geldern unter den Mitgliedstaaten ihre sozialen Sicherungssysteme ausbauen und verbessern?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie kann der Kohäsionsfonds dahingehend zielgerichtet genutzt werden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Der Ausbau und die Verbesserung sozialer Sicherungssysteme in den Netto-Empfänger-Ländern von EU-Geldern sind von entscheidender Bedeutung für die langfristige Stabilität und den Wohlstand der gesamten Europäischen Union. Diese Länder stehen oft vor größeren wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen und benötigen daher gezielte Unterstützung, um ihre sozialen Sicherungssysteme auf ein Niveau auszubauen, das die Lebensqualität ihrer Bürger verbessert und Ungleichheiten verringert.

Der Kohäsionsfonds der EU könnte ein Instrument dafür sein. Er zielt darauf ab, die wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion zu stärken, indem er die Mitgliedstaaten mit den niedrigsten pro Kopf Einkommen finanziell unterstützt. Die EU könnte die strategischen Ziele für die Verwendung der Kohäsionsfonds klarer festlegen und dabei Indikatoren sozialer Inklusion und Armutsbekämpfung miteinbeziehen. Die Mittelvergabe könnte dann an die Umsetzung von Reformen und Verbesserungen in den Sozialsystemen entsprechend der festgelegten Indikatoren geknüpft werden. Dies würde die Effizienz, Transparenz und Wirksamkeit der Systeme erhöhen. Weiters muss die korrekte Verwendung auch nach Vergabe nachvollziehbar sein. Die EU sollte die Verwendung der Mittel dazu überwachen und sicherstellen, dass sie den beabsichtigten Zweck erfüllen und bei Verstoß Sanktionen setzen.

Durch den gezielten Einsatz des Kohäsionsfonds wird sichergestellt, dass die Mittel effektiv genutzt werden, um die sozialen Sicherungssysteme in den Netto-Empfänger-Ländern zu stärken und die Lebensbedingungen ihrer Bürger zu verbessern. Dies trägt letztlich zu einer gerechteren und wohlhabenderen Europäischen Union bei.

# Bekämpfung von Kinderarmut

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Nach wie vor sind in der EU viele Kinder von Armut betroffen. **Welche Maßnahmen planen Sie, um Kinderarmut in Europa sukzessive zu beenden?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche konkreten Instrumente und Budgets sind dazu angedacht? * Wie stellen Sie sicher, dass die Gelder auch bei den Kindern ankommen? Wären zweckgewidmete Sachleistungen eine Möglichkeit? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Mit der Covid-19 Pandemie hat die Kinderarmut in Europa wieder zugenommen,[[11]](#footnote-11) eine Tatsache, die den dringenden Handlungsbedarf verdeutlicht. Die sukzessive Beendigung der Kinderarmut in Europa ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der EU. Kinderarmut beeinträchtigt die Entwicklung und das Wohlbefinden von Kindern erheblich und führt zu langfristigen sozioökonomischen Verwerfungen. Daher müssen gezielte Maßnahmen und Budgets eingesetzt werden, um diese Problematik anzugehen und eine gerechte Zukunft für alle Kinder zu gewährleisten. In dem Zusammenhang hat die EU-Kommission die Strategie für die Rechte von Kindern und die Europäische Kindergarantie veröffentlicht. Letztere zielt darauf ab, allen Kindern Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen zu gewährleisten. Dies umfasst kostenlose Bildung, Gesundheitsversorgung, Mahlzeiten in Schulen und angemessenen Wohnraum. [[12]](#footnote-12)

Weitere Instrumente zur Bekämpfung der Kinderarmut sind der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) und der Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Diese Fonds können Programme finanzieren, die den Zugang zu hochwertiger Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialen Dienstleistungen verbessern. Auch direkte finanzielle Unterstützungen und zweckgewidmete Sachleistungen könnten damit gefördert werden. Finanzielle Zuwendungen für einkommensschwache Familien und Investitionen in die Bildung und frühkindliche Entwicklung sind entscheidend, um Chancengleichheit zu fördern und Kinderarmut zu bekämpfen.

# Ungleicher Zugang zu Digitaltechnologien

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Während der Covid-19-Pandemie traten viele soziale Ungleichheiten deutlicher zutage. Auch beim Zugang zu digitalen Technologien, die für die Aufrechterhaltung des Unterrichts während der Pandemie notwendig waren, traten Ungleichheiten nach Geschlecht und sozialer Herkunft bei der Ausstattung mit und dem Zugang zu digitalen Technologien auf. **Wie können Sie den gleichberechtigten Zugang zu Digitaltechnologien – unabhängig von Geschlecht und sozioökonomischem Status - unterstützen?** |
| **Nachfrage** |
| - |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Gerade während der Covid-19-Pandemie hat sich deutlich gezeigt, dass Digitalisierung nicht voraussetzungslos allen Menschen nutzt. Weiterhin gibt es große Ungleichheiten im Zugang zu Digitaltechnologien nach sozioökonomischen Status, Geschlecht und Alter.[[13]](#footnote-13) Der gleichberechtigte Zugang zu Digitaltechnologien ist entscheidend für die Schaffung einer inklusiven und gerechten Gesellschaft. Digitale Technologien sind heutzutage integraler Bestandteil des täglichen Lebens und der Arbeitswelt. Ein ungleicher Zugang verstärkt bestehende Ungleichheiten und schafft neue Barrieren.

Schülerinnen haben haben oft weniger Zugang zu digitalen Technologien als ihre männlichen Mitschüler und den entsprechenden Bildungsressourcen. Das trifft gerade für Familien mit geringerem sozioökonomischem Status zu. Durch gezielte Förderprogramme, die den Zugang zu Computern, Internet und digitaler Bildung verbessern, können diese Gruppen besser in den digitalen Wandel eingebunden werden. Zu konkreten Maßnahmen zählen die Bereitstellung von kostenloser oder subventionierter Technologie und Internetzugang für einkommensschwache Haushalte, sowie spezielle Bildungs- und Weiterbildungsprogramme. Initiativen, die Mädchen und Frauen in den Bereichen MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) fördern, sind ebenfalls von großer Bedeutung, um geschlechtsspezifische Ungleichheiten im Bereich der Digitalisierung zu verringern.

# Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Nach wie vor ist der EU-Binnenmarkt von struktureller Langzeitarbeitslosigkeit geprägt. **Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um Langzeitarbeitslosigkeit in der EU zu reduzieren?** |
| **Nachfrage** |
| - |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Langzeitarbeitslosigkeit hat weitreichende negative Auswirkungen auf die betroffenen Individuen und die Gesellschaft insgesamt. Für die betroffenen Personen führt Langzeitarbeitslosigkeit häufig zu einem Verlust von Qualifikationen, Selbstwertgefühl und sozialer Teilhabe, bis hin zu gesundheitlichen Verschlechterungen. Dies erschwert die Rückkehr in den Arbeitsmarkt und erhöht das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung und belastet dadurch die öffentlichen Sozialsysteme.

Um Langzeitarbeitslosigkeit effektiv zu bekämpfen, sind gezielte Maßnahmen und Programme erforderlich. Ein Vorschlag ist etwa das Modell einer Arbeitsplatz- oder Beschäftigungsgarantie. Teil davon können etwa Einstiegskurse für Langzeitarbeitslose sein, die Einzelunterricht, Beratung und bei Bedarf Unterstützung durch erfahrene Sozialarbeiter:innen, Ärzt:innen und Psycholog:innen miteinschließen. Betriebe, die bereit sind, neue Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zu schaffen, könnten durch Steuererleichterungen und finanzielle Zuschüsse unterstützt werden. Das Modell der Arbeitsplatzgarantie beinhaltet auch die Schaffung und Finanzierung zusätzlicher Dienstverhältnisse im gemeinnützigen Bereich für alle Langzeitarbeitslosen, für die sich aus schwerwiegenden Gründen kein Betrieb findet, der ihnen ein Dienstverhältnis anbietet. Dazu ist es notwendig geeignete Arbeitsplätze zu identifizieren, die den Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprachen und zugleich Weiterentwicklungsmöglichkeiten bieten. Ein solches Modell muss aber auch längerfristig gefördert werden, um nachhaltige Effekte zu erzielen.[[14]](#footnote-14)

Durch die Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit wird nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen verbessert, sondern auch die soziale und wirtschaftliche Resilienz der EU gestärkt. Eine geringere Arbeitslosigkeit führt zu höheren Steuereinnahmen, einer besseren Auslastung der Erwerbsbevölkerung und einem stärkeren sozialen Zusammenhalt.

# Arbeitsbesteuerung

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Durch den Steuerwettbewerb innerhalb der EU und dem damit verbundenen Wettlauf nach unten in den Kapitalsteuern, verlagern viele Mitgliedstaaten die Steuerlast auf den Faktor Arbeit, zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit und der Attraktivität des europäischen Arbeitsmarktes. **Wie gedenkt die EU, Anreize für die Mitgliedstaaten auszuarbeiten, um den Faktor Arbeit zu entlasten?** |
| **Nachfrage** |
| - |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die EU gehört zu den Wirtschaftsregionen der Welt mit der höchsten Besteuerung des Faktors Arbeit im Verhältnis zur Besteuerung von Kapital. Die Steuerlast auf Arbeit bezieht sich auf den Unterschied zwischen den Gesamtkosten eines Arbeitgebers für einen Mitarbeiter und dem verfügbaren Nettoeinkommen des Mitarbeiters. Sie umfasst Lohnsteuern, aber auch Sozialabgaben. Die EU könnte Anreize für Mitgliedstaaten ausarbeiten, um den Faktor Arbeit zu entlasten, indem sie beispielsweise die Einkommenssteuersysteme anpasst oder die Sozialabgaben senkt. Es ist jedoch wichtig, die Auswirkungen solcher Maßnahmen sorgfältig zu prüfen und sicherzustellen, dass die Reduktion der Abgabenlast nicht wiederum neue Kosten für Arbeitnehmer:innen hervorruft und den sozialen Schutz nicht gefährden.[[15]](#footnote-15) Gezielte Steuersenkungen, vor allem der Einkommenssteuern, können zielgruppenspezifisch die Beschäftigung erhöhen. Dazu zählt etwa die Abschaffung der gemeinsamen Einkommensbesteuerung von Paaren, da diese die Beschäftigung im Schnitt senkt.

# Europäische Mindestlöhne

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die bestehende Mindestlohnrichtlinie stellt einen Schritt in Richtung Harmonisierung der Mindeststandards in der EU dar. Auch weiterhin sollten bestehende hohe Standards aufgrund spezifischer institutioneller Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten durch EU-Vorgaben im Bereich der Mindestlöhne nicht untergraben werden. **Sind weitere legislative Schritte hinsichtlich europäischer Mindestlohnvorgaben geplant?** |
| **Nachfrage** |
| * Falls ja, wie stellen Sie sicher, dass europäische Mindestlohnvorgaben keine Senkung der Lohnstandards in Mitgliedstaaten mit höheren Löhnen verursachen, diese also eine Lohnkonvergenz nach oben bewirken? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

In einer Analyse zur Richtlinie über angemessene Mindestlöhne stellt das Europäische Gewerkschaftsinstitut (ETUI) fest, dass die Rechtsvorschriften bereits Auswirkungen haben, noch bevor sie in allen Mitgliedstaaten vollständig umgesetzt sind. Dem ETUI zufolge haben die in der Richtlinie festgelegten Referenzwert für angemessene Mindestlöhne von 60 % des Bruttomedianlohns und 50 % des Bruttodurchschnittslohns die Entwicklungen auf nationaler Ebene bereits beeinflusst. Das Briefing nennt Beispiele aus Bulgarien, Kroatien, Deutschland, Ungarn, Rumänien und den Niederlanden, wo die Referenzwerte oder zumindest einer der beiden bei der Festsetzung von Mindestlöhnen berücksichtigt oder bei gewerkschaftlichen Forderungen nach einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns verwendet wird.[[16]](#footnote-16)

Die Einführung weiterer legislative Schritte im Bereich europäischer Mindestlohnvorgaben kann dazu beitragen faire Arbeitsbedingungen und sozialen Schutz in der gesamten EU zu gewährleisten, es kann aber auch eine Senkung der sehr hohen Standards, etwa in Österreich oder skandinavischen Ländern, hervorrufen. Bei der Mindestlohnrichtlinie, die bereits 2022 verabschiedet wurde, wurde darauf geachtet, dass die Richtlinie eine Konvergenz der Standards nach oben bewirkt und Staaten mit einem stärkeren sozialen Dialog, v.a. Tariflohnverhandlungen, von der Richtlinie nicht betroffen sind.[[17]](#footnote-17)

EU-weite Mindestlohnvorgaben können auch dazu beitragen, unfaire Wettbewerbsbedingungen zu reduzieren. Durch die Einführung eines europäischen Mindestlohns können auch die Kaufkraft und die wirtschaftliche Stabilität gestärkt werden. Höhere Löhne stärken Konsum und Investitionen, was wiederum positiv auf die Konjunkturlage wirkt.[[18]](#footnote-18)

# Soziale Brennpunkte in Städten

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Derzeit sind viele EU-Städte von zunehmenden sozioökonomischen Ungleichheiten und Segregation betroffen. Verbunden mit anderen Faktoren haben sich diese sozialen Brennpunkte auch teils in offenen Konflikten entladen. **Wie wollen Sie sicherstellen, dass soziale Brennpunkte in europäischen Städten reduziert werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche konkreten Instrumente und Budgets sind dazu angedacht? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Zahlreiche Studien deuten auf einen Anstieg der Segregation in europäischen Städten hin.[[19]](#footnote-19) In Zuge dessen nehmen auch soziale Konflikte und Brennpunkte zu. Dies äußert sich auch in einem Anstieg an Kriminalität, physischer Gewalt und politisch-religiöser Radikalisierung.[[20]](#footnote-20) Um den Teufelskreis der Gewalt und Armut zu durchbrechen sind dringend Maßnahmen gefordert, die eine soziale Durchmischung im Wohnbereich fördern und das Entstehen sozialer Brennpunkte einschränken. Auch die EU verfügt über ein politisches Instrumentarium im Bereich der Förderbudgets, der Reformvorschläge im Zuge des Europäischen Semesters, oder auch in der EU-weiten interkommunalen Zusammenarbeit bis hin zur grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit durch Europol. Eine gezielte und umfassende Strategie, die all diese politischen und finanziellen Instrumente verknüpft kann jedenfalls zur Reduktion sozialer Brennpunkte in Städten beitragen.

# Nachhaltigkeit auch für sozial benachteiligte Gruppen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Klimaschonende Entscheidungen bzw. klimaschonendes Verhalten ist für viele Menschen nur schwer leistbar oder aufgrund äußerer Umstände nicht möglich. **Wie stellen Sie sicher, dass nachhaltige und klimaschonende Güter und Dienstleistungen auch für sozial benachteiligte Gruppen leistbar und zugänglich werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie stellen sie sicher, dass es zielgerichtete Programme auf Ebene der Mietgliedstaaten für sozial benachteiligte Gruppen gibt, damit Klimaschutz nicht ein gesellschaftlicher Konflikt zwischen arm und reich wird? * Wie können breite Bevölkerungsschichten, die derzeit nur über Werbung und reißerische Medienberichterstattung auf negative Art mit Nachhaltigkeit in Berührung kommen, erreicht und für das Thema Nachhaltigkeit auf positive Weise sensibilisiert werden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Klimaschonende und nachhaltige Güter und Dienstleistungen sind nach wie vor teurer als konventionelle Alternativen, obwohl diese negative Folgen auf Umwelt und Gesundheit der Menschen haben. Damit wird Nachhaltigkeit zu einer Frage der Leistbarkeit und des sozioökonomischen Status. Hier sind Maßnahmen gefragt, die nachhaltige und klimafreundliche Güter und Dienstleistungen auch für sozial benachteiligte Gruppen erschwinglich und zugänglich machen und umgekehrt schädliche Güter verteuern und den Zugang erschweren, um die wahren Kosten zu internalisieren. Nur wenn Nachhaltigkeit auch leistbar ist und Menschen einen positiven Zugang dazu haben, kann sich diese auch breiter durchsetzen.

Breite Bevölkerungsschichten, insbesondere sozial benachteiligte Gruppen, die derzeit nur über Werbung und reißerische Medienberichterstattung negativ mit dem Thema Nachhaltigkeit in Berührung kommen, sollten auf positive Weise für das Thema sensibilisiert werden. Dies kann durch umfassende Bildungs- und Aufklärungskampagnen geschehen, die die Vorteile von Klimaschutzmaßnahmen für alle Bürger hervorheben. Finanzielle Anreize, wie Subventionen für energieeffiziente Haushaltsgeräte oder steuerliche Vergünstigungen für umweltfreundliches Verhalten, könnten ebenfalls helfen, das Interesse und die Teilnahme an nachhaltigen Praktiken zu fördern. Darüber hinaus sollten kommunale Projekte gefördert werden, die direkt in benachteiligten Gemeinschaften stattfinden, wie etwa Gemeinschaftsgärten oder Solarenergie-Initiativen, die sowohl ökologische als auch soziale Vorteile bieten.

# Klimawandelanpassung für sozial benachteiligte Gruppen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der Klimawandel hat vor allem für niedrigere Einkommensschichten und vulnerable Personengruppen, darunter ältere Menschen, gesundheitlich eingeschränkte Menschen, Berufsgruppen, die im Freien arbeiten, etc., unangenehme bis gesundheitsgefährdende Auswirkungen. **Wie stellen Sie sicher, dass vulnerable Gruppen von den Auswirkungen des Klimawandels geschützt werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Gibt es Pläne finanzielle Mittel dafür bereitzustellen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Der Klimawandel fordert Jahr für Jahr mit zunehmenden Extremwetterereignissen Hitzetote, Überschwemmungsopfer, und andere Wetterbedingte Gesundheitsgefährdungen. Vulnerable Gruppen sind davon noch stärker betroffen, auch wenn diese weniger dazu beigetragen haben. In den nächsten Jahren ist keine Entspannung zu erwarten. Daher werden von Forschenden zielgruppenadequate Maßnahmen der Klimawandelanpassung gefordert.

Diese Gruppen, darunter ältere Menschen, Kinder, Menschen mit geringem Einkommen und gesundheitlich beeinträchtigte Personen, sind besonders anfällig für extreme Wetterereignisse. Städte sind oft Hotspots für den Klimawandel, da die städtische Infrastruktur die Auswirkungen verstärkt. Hitzewellen können in urbanen Gebieten aufgrund des „urbanen Wärmeinseleffekts“ besonders intensiv sein, was zu gesundheitlichen Problemen und höheren Sterblichkeitsraten führen kann. Überschwemmungen können die Lebensgrundlage und die Sicherheit vieler Menschen bedrohen, insbesondere jener, die in prekären Wohnverhältnissen leben. Es ist daher wichtig, finanzielle Mittel bereitzustellen, um präventive Maßnahmen und Anpassungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Diese Mittel könnten etwa in die Verbesserung der städtischen Infrastruktur, die Schaffung von Grünflächen, den Bau von kühlenden Gemeinschaftseinrichtungen und die Modernisierung von Gebäuden investiert werden, um sie klimafest zu machen. Zudem sollten spezifische Programme entwickelt werden, um den Zugang zu Ressourcen und Unterstützung für besonders gefährdete Gruppen zu gewährleisten. Dazu zählt auch die Bereitstellung von klimaanpassungsfähigem Wohnraum, Notfallplänen und klimabezogenen Gesundheitsdiensten.

# Versorgung mit Pflegediensten in kleineren Gemeinden

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Gerade am Land ist die Pflegekrise noch stärker zu spüren. Arbeitskräfte fehlen und damit auch das Angebot. „Community Nursing“-Projekte versuchen dem Problem der Unterversorgung mit Pflegediensten in kleineren Gemeinden entgegenzuwirken. Allerdings ist bei vielen derartigen Projekten die weitere Finanzierung nach Ende des Zuflusses an EU-Fördergeldern oftmals ungeklärt. **Wie kann die Versorgung mit Pflegediensten in ländlichen Regionen und kleineren Gemeinden verbessert werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Rolle kann hier „Community Nursing“ spielen? * Sollte „Community Nursing“ weiter ausgebaut werden? * Wie können Sie sicherstellen, dass „Community Nursing“ in kleineren Gemeinden auch längerfristig weiterbesteht? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Gerade in ländlichen Regionen ist die Pflegekrise besonders akut spürbar. Es fehlt an Arbeitskräften und damit auch an Angeboten, was die Unterversorgung in kleineren Gemeinden weiter verschärft. "Community Nursing"-Projekte versuchen, diesem Problem entgegenzuwirken, indem sie Pflegedienste direkt in den Gemeinden anbieten und so die Lücke in der Versorgung schließen. Allerdings ist die Finanzierung solcher Projekte nach dem Ende der EU-Fördergelder oft ungewiss, was ihre langfristige Fortführung gefährdet. In Österreich sind bereits „community nursing“-Projekte erfolgreich mit EU-Geldern gefördert und durchgeführt worden.[[21]](#footnote-21)

Die Unterversorgung am Land ist kein neues Phänomen, der Fachkräftemangel hat allerdings die Pflegekrise nochmals zugespitzt. Damit „community nursing“-Projekte hier langfristig der Pflegekrise entgegenwirken können, braucht es eine nachhaltige Finanzierung, aber auch den politischen Willen zur breiten Umsetzung dieser Form der sozialen Infrastruktur. Eine langfristige Finanzierung kann durch eine Kombination aus staatlicher Unterstützung, regionalen Förderprogrammen und der Einbindung von gemeinnützigen Organisationen sowie privaten Partnern sichergestellt werden. Zudem können lokale Netzwerke und Selbsthilfegruppen zur Stärkung der Community Nursing-Initiativen beitragen, indem sie zusätzliche Ressourcen und Unterstützung bereitstellen.

# Soziale Teilhabe von älteren Menschen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die europäischen Gesellschaften altern. Die wachsende demographische Gruppe älterer Menschen prägt so immer mehr das gesellschaftliche Leben und ebenso den Arbeitsmarkt. Soziale Teilhabe ist für ein gutes Leben zentral. Dabei ist auch wichtig, dass nicht große Teile der Bevölkerung vom sozialen Leben ausgeschlossen werden. Das schließt viele Bereiche mit ein, darunter kulturelle Teilhabe, digitale Partizipation, Teilhabe am Arbeitsmarkt, politische Partizipation und viele weitere Bereiche. **Wie können Sie dazu beitragen, die soziale Teilhabe von älteren Menschen zu erhöhen und zu fördern?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie können sie sicherstellen, dass ältere Menschen möglichst lange und gesund am Arbeitsmarkt aktiv teilhaben können? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Förderung der sozialen Teilhabe älterer Menschen ist von entscheidender Bedeutung für eine integrative und resiliente Gesellschaft. Mit dem demografischen Wandel und einer alternden Bevölkerung wird es immer wichtiger, dass ältere Menschen aktiv und gesund am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können. Soziale Teilhabe stärkt das Wohlbefinden und die Lebensqualität älterer Menschen, aber auch die soziale und wirtschaftliche Stabilität.

Die Förderung digitaler Partizipation ist essenziell, um älteren Menschen den Zugang zur Teilnahme an digitaler Kommunikation und Informationen zu ermöglichen. Bildungsangebote wie Schulungen und Workshops können älteren Menschen helfen, digitale Kompetenzen zu erwerben, während der Zugang zu erschwinglichen digitalen Geräten sicherstellt, dass niemand aufgrund finanzieller Einschränkungen ausgeschlossen wird. Zusätzlich helfen auch benutzerfreundliche Software und barrierefreie Technologien, um die spezifischen Bedürfnisse älterer Nutzer:innen zu berücksichtigen.

Altersarmut kann durch verschiedene Maßnahmen bekämpft werden, die sicherstellen, dass Rentensysteme ausreichend sind, um den Lebensstandard älterer Menschen zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten Ansätze entwickelt werden, die dazu beitragen ältere Menschen, aktiv und selbstbestimmt am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Dazu sollten auch für Unternehmen Anreize geschaffen werden, ältere Arbeitnehmer:innen einzustellen und zu behalten. Diese müssen auch mehr Maßnahmen setzen, um die Attraktivität von Unternehmen bei älteren Arbeitskräften sicherzustellen.

Informelle Pflege durch Angehörige spielt eine wichtige Rolle im Leben vieler älterer Menschen. Die Unterstützung für pflegende Angehörige durch Schulungen, finanzielle Unterstützung und Entlastungsdienste kann die Belastung verringern und die Qualität der Pflege verbessern. Zudem können Pflege-Netzwerke und Selbsthilfegruppen aufgebaut und gefördert werden, um den Austausch und die gegenseitige Unterstützung zu erleichtern.

# Inklusion von Menschen mit Behinderungen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| **Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Menschen mit Behinderungen in der EU volle und gleichberechtigte Teilhabe auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu ermöglichen?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie können sie die Harmonisierung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in den Mitgliedstaaten verbessern? * Wie kann der Europäische Ausweis für Menschen mit Behinderungen auf den Zugang zu weiteren Leistungen ausgeweitet werden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die volle und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist ein fundamentaler Bestandteil der Verwirklichung einer inklusiven und gerechten Gesellschaft in der EU. Menschen mit Behinderungen sehen sich oft mit vielfältigen Barrieren konfrontiert, die ihre Partizipation im Arbeitsmarkt, im Bildungswesen, im sozialen Leben und in der politischen Mitbestimmung einschränken. Diese Barrieren führen zu sozialer Ausgrenzung und wirtschaftlicher Benachteiligung.

Ein zentraler Schritt zur Verbesserung der Situation ist die Harmonisierung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in den EU-Mitgliedstaaten. Derzeit bestehen erhebliche Unterschiede in den rechtlichen und sozialen Standards, die Menschen mit Behinderungen unterstützen. Durch eine Harmonisierung können einheitliche Mindeststandards geschaffen werden, die sicherstellen, dass alle Menschen mit Behinderungen in der EU gleiche Rechte und Zugang zu Unterstützungsleistungen bekommen.

Der neue Europäische Behindertenausweis soll überall in der EU als Nachweis des Behindertenstatus dienen, damit Menschen mit Behinderungen Zugang zu denselben Sonderkonditionen und Vorzugsbehandlungen erhalten wie die Einwohner und Einwohnerinnen des Landes, in das sie reisen. EU-Länder bieten in der Regel Sonderkonditionen für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und Vorzugsbehandlung bei Kultur-, Freizeit- und Sportveranstaltungen und -aktivitäten, zum Beispiel beim Besuch eines Museums oder eines Konzerts. [[22]](#footnote-22)

Eine Ausweitung des Europäischen Ausweises würde nicht nur die Mobilität und den Zugang zu Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen verbessern, sondern auch ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt und an der Gesellschaft insgesamt fördern.

# Europäische Säule sozialer Rechte im Europäischen Semester

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Das europäische Semester stellt ein Instrument dar, mit dem die Mitgliedstaaten zu sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen angeregt und unterstützt werden. Obwohl soziale Indikatoren bereits Eingang in das Europäische Semester gefunden haben, bleiben viele Dimensionen noch unberücksichtigt. **Wie kann die europäische Säule sozialer Rechte stärker im Europäischen Semester verankert werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie stellen Sie sicher, dass die Reformvorschläge im Rahmen des Europäischen Semesters entsprechend wissenschaftlichen Erkenntnissen erstellt und in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

In der vergangenen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments gab es einige neue Initiativen betreffend die europäische Säule sozialer Rechte. So hat die Europäische Kommission 2022 basierend auf den Grundsätzen der *Europäischen Säule sozialer Rechte*[[23]](#footnote-23) beispielsweise die *Europäische Strategie für Pflege und Betreuung*[[24]](#footnote-24) veröffentlicht. Darin werden Maßnahmen zur Sicherstellung hochwertiger, bezahlbarer und leicht zugänglicher Pflege- und Betreuungsdienste in der Europäischen Union vorgeschlagen und neue Indikatoren zur Überwachung von Reformen im Bereich der Pflege und Betreuung im Europäischen Semester entwickelt.

Viele Dimensionen der europäischen Säule sozialer Rechte sind allerdings noch nicht durch Indikatoren oder Reformmaßstäbe im Europäischen Semester integriert. An dem Bereich könnte die Weiterentwicklung der Säule sozialer Rechte ansetzen.

In der Vergangenheit hat es viele stark ideologisch geprägte Reformvorschläge gegeben, insbesondere im Bereich staatlicher Kürzungsmaßnahmen im Sinne des Staatshaushaltes. Viele dieser Reformvorschläge sind aufgrund unrealistischer Annahmen und nicht-praxisbezogener Konzeption ins Leere verlaufen. Eine wissenschaftliche Fundierung der Empfehlungen, die auch die Vielfalt wissenschaftlicher Erkenntnisse und unterschiedlicher Ansätze berücksichtigt, könnte das Europäische Semester wieder stärker aufwerten.

# Weiterentwicklung des öffentlichen Auftragswesens der EU

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Ein wichtiger Hebel zur Verfolgung sozialer und ökologischer Ziele ist das öffentliche Beschaffungswesen bzw. die Vergabe öffentlicher Aufträge. **Welche Schwerpunkte werden Sie bei der Weiterentwicklung des öffentlichen Auftragswesens setzen bzw. wo sehen Sie in diesem Bereich den größten Handlungsbedarf?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Maßnahmen möchten Sie setzen, um das öffentliche Auftragswesen sozial verträglicher zu gestalten und soziale Anliegen umzusetzen, z.B. zur Förderung von Frauen, älteren Arbeitnehmer:innen oder Arbeitslosen, zur Schaffung von Transparenz in den Lieferketten oder allgemein der Einhaltung von sozialen Mindeststandards durch Auftragnehmer:innen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Öffentliche Auftraggeber sind wichtige Investoren in Europa, öffentliche Beschaffungen machen

mehr als 16 % des BIP der EU aus, sie sind ein fundamentaler Bestandteil der europäischen Wirtschaft. Seit Gründung der EU ist das öffentliche Auftragswesen kontinuierlich durch Rechtsreformen weiterentwickelt worden.[[25]](#footnote-25) Derzeit bietet sich die Chance, sozial-ökologische Prozesse in der Wirtschaft anzustoßen, soziale Belange stärker in den Mittelpunkt zu rücken und sozial verantwortliches Handeln zu fördern. Durch die Integration sozialer Kriterien in das Vergabewesen können positive gesellschaftliche Auswirkungen erzielt werden.

Ein sozial verträglicheres öffentliches Auftragswesen bedeutet, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur der Preis, sondern auch soziale Kriterien wie Arbeitsbedingungen, Gleichstellung, Inklusion und Umweltfreundlichkeit berücksichtigt werden. Dies fördert faire Arbeitsbedingungen, unterstützt benachteiligte Gruppen und trägt zur Nachhaltigkeit bei.

Die Umsetzung sozialer Anliegen durch das öffentliche Auftragswesen stärkt den sozialen Zusammenhalt und fördert die Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt. Es kann auch dazu beitragen, die lokale Wirtschaft zu unterstützen, indem kleine und mittelständische Unternehmen, die oft sozial und ökologisch verantwortungsvoller agieren, bessere Chancen auf öffentliche Aufträge erhalten.

Insgesamt kann die Weiterentwicklung des öffentlichen Auftragswesens der EU zu einer gerechteren und nachhaltigeren Wirtschaft beitragen.

# Klima-Sozialfonds

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der Europäische Green Deal stellt „Soziale Fairness“ in den Mittelpunkt. Auch die EU-Kommission spricht in den Aufforderungen an die Mitgliedsstaaten von einem „Sozial ausgeglichenen Weg“ in der Transition zur Klimaneutralität. Zu diesem Zweck wurde der „Klima-Sozialfonds“ vorgeschlagen, um die sozialen Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen abzufedern. **Wie kann eine zielgerichtete Verwendung dieser Mittel sichergestellt werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Beabsichtigen Sie, neben dem Klima-Sozialfonds, zusätzliche finanzielle Maßnahmen für sozial benachteiligte Gruppen bereitzustellen, um die Auswirkungen des Strukturwandels gerecht bewältigen zu können? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit da und erfordert umfassende Anpassungen in verschiedenen Wirtschaftssektoren. Dieser Strukturwandel betrifft nicht nur technologische und ökologische Aspekte, sondern hat auch weitreichende soziale Implikationen. Besonders betroffen sind sozial benachteiligte Gruppen, die häufig weniger Ressourcen und Möglichkeiten haben, um sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Angesichts dieser Herausforderung ist es unerlässlich, Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass sozial benachteiligte Gruppen nicht zurückgelassen werden.

Im Dezember 2022 wurde eine provisorische Zustimmung von Kommission und Parlament zum Klima-Sozialfonds[[26]](#footnote-26) erzielt. Finanziert durch die Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel unterstützt dieser bereits Maßnahmen zur Energieeffizienz, zum Einsatz erneuerbarer Energien und zur Bekämpfung von Energiearmut. Allerdings ist die Verteilung der Gelder bisher noch nicht zielgruppenscharf. Viele Menschen fühlen sich in ihren Interessen und Bedürfnissen von den aktuellen Reformmaßnahmen der Europäischen Union, dem Strukturwandel der europäischen Wirtschaft hin zu einem ökologisch nachhaltigen Wirtschaftssystem, nicht berücksichtigt. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die europäischen Gesellschaften mitzunehmen. Dazu zählen weitere finanzielle Fördermaßnahmen, aber auch Maßnahmen wirtschaftlicher Umverteilung, um die negativen Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels abzufedern.

# Kompetenzen im Bereich Sozialschutz

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Eine Problematik, die sich in vielen sozialpolitischen Agenden zeigt, sind die fehlenden Kompetenzen auf EU-Ebene, die beispielsweise verpflichtende Richtlinien etwa in Bezug auf die europäischen Sozialschutzsysteme ermöglichen würden. **Werden Sie sich für Kompetenzerweiterungen in diesem Bereich einsetzen?** |
| **Nachfrage** |
| * Wo sehen Sie mögliche Hebel dazu? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Bislang haben die demokratisch gewählten Institutionen der EU im Bereich des Sozialschutzes kaum rechtlich-politischen Handlungsspielraum, da dieser im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union nicht vorgesehen ist. Hier ist zum einen an weitere Hebel zur Kompetenzerweiterung zu denken, etwa eine stärkere Unterfütterung der Reformvorschläge des Europäischen Semesters mit an Reformvorhaben gekoppelten Finanzinstrumenten, institutionelle Reformen im Bereich der Kompetenzverteilung zwischen Kommission, Parlament und Rat, oder andere Reformen. Zum anderen bedürfen auch die Verträge einer Anpassung an aktuelle innereuropäische, aber auch außereuropäische und geopolitische Entwicklungen.

Die Europäische Kommission hat Empfehlungen zur Förderung des sozialen Dialogs auf nationaler Ebene vorgelegt und auch den sozialen Dialog auf EU-Ebene ausgeweitet.[[27]](#footnote-27) Auch der Sozialschutz selbst könnte auf EU-Ebene mit mehr Nachdruck behandelt werden. Schließlich ist es wichtig, dass die EU ihre Kompetenzen im Bereich des Sozialschutzes ausbaut, um die soziale Integration und den Schutz der Bürger zu stärken.

# EU-Sozialtaxonomie

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der Plan für eine soziale Taxonomie für Investitionsförderungen nach sozialen Kriterien wurde von der EU-Kommission vorerst auf Eis gelegt. **Werden Sie sich für die Umsetzung einer Sozialtaxonomie äquivalent zur Umwelttaxonomie einsetzen?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie könnte eine EU-Sozialtaxonomie ausgestaltet sein? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die US-Ökonomin Janelle Jones plädiert dafür, auch sektorale Lohnverhandlungen und staatliche Förderungen für den bereits stark wachsenden Pflegesektor als Teil der Industriepolitik zu behandeln, als Synergie von Industrie- und Beschäftigungspolitik.[[28]](#footnote-28) Dahingehend kann auch der Plan für eine soziale Taxonomie[[29]](#footnote-29) für Investitionsförderungen nach sozialen Kriterien als Industriepolitik im weiteren Sinne bezeichnet werden. Während die Umwelttaxonomie Investitionen in umweltfreundliche und klimafreundliche Projekte lenken soll, würde eine Sozialtaxonomie Investitionen Ziele, wie die Bekämpfung von Armut, die Förderung von Gleichstellung, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und sozialer Inklusion fördern.

Eine EU-Sozialtaxonomie zielt darauf ab klare Kriterien und Standards für soziale Nachhaltigkeit festlegen, die Unternehmen und Investoren als Leitfaden dienen. Dies würde sicherstellen, dass wirtschaftliche Akteure nicht nur ökologische, sondern auch soziale Indikatoren in der Investitionsentscheidung berücksichtigen.

Eine EU-Sozialtaxonomie könnte verschiedene Bereiche abdecken, darunter Arbeitsrecht, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Zugang zu Bildung und soziale Gerechtigkeit. Beispielsweise könnten Kriterien entwickelt werden, um sicherzustellen, dass Unternehmen faire Löhne zahlen, Vielfalt und Inklusion fördern und ihre Lieferketten auf Menschenrechtsverletzungen überprüfen.

# LGBTIQA+ – Schutz vor Diskriminierung

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Auch 2024 kommt es in vielen EU-Staaten regelmäßig zu Übergriffen und Diskriminierung von LQBTIQ Menschen. **Welche Maßnahmen planen Sie, damit LGBTIQA+ Gemeinschaften in der Union stärker geschützt werden und Diskriminierungen weiter reduziert werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Die EU-Kommission hat 2020 bereits die LGBTIQA+ Strategie 2020 – 2025 initiiert. Wie möchten Sie die unterschiedlichen – nach wie vor vorhandenen - Diskriminierungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten, bspw. in Ungarn, bekämpfen? * Was werden Sie unternehmen, um die seit vielen Jahren im Rat liegende Richtlinie zu Diskriminierung außerhalb der Arbeitswelt umzusetzen? * Ist eine eigene europaweite Kampagne zum Thema angedacht? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Zahl der Übergriffe auf die LGBTIQA+ Gemeinschaft war auch in den vergangenen Jahren vergleichsweise hoch. 2019 gaben 43% der befragten LGBTIQA+ Menschen an Diskriminierung persönlich erlebt zu haben.[[30]](#footnote-30) Der Großteil der Fälle von Diskriminierung, insbesondere strukturelle Diskriminierungen, werden nicht beziffert. In einzelnen EU Mitgliedsstaaten ist die Lage aufgrund politisch-medialer Entwicklungen noch schlimmer geworden. Hier braucht es Kampagnen zur Bewusstseinsbildung, die zielgruppenadäquat konzipiert werden, um nicht auch noch weitere negative Gegenreaktionen hervorzurufen.

2004 hat die EU Kommission die Richtlinie zur Gleichstellung der Geschlechter außerhalb der Arbeitswelt veröffentlicht.[[31]](#footnote-31) Diese zielt darauf ab, geschlechtsspezifische Diskriminierungen beim Zugang zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu bekämpfen. Sie legt einen Rahmen für die Gleichstellung aller Geschlechter in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen und sozialen Dienstleistungen fest. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Diskriminierungen zu verhindern und die Gleichstellung zu fördern. LGBTIQA+-Rechte könnten auch im EU-Recht weiter verankert und gefördert werden, ähnlich wie in dieser Richtlinie.

# Gewalt am Arbeitsplatz

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die EU-Kommission hat die Mitgliedsstaaten der EU aufgefordert, das Übereinkommen Nr.190 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu ratifizieren und weitere nationale Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz umzusetzen. **Welche Maßnahmen planen Sie, damit Gewalt am Arbeitsplatz, insbesondere in Dienstleistungs- und Verkehrsberufen, die trotz der ILO 190 Ratifizierungen weiter bestehen, in den Mitgliedsstaaten weiter reduziert wird?** |
| **Nachfrage** |
| * Plant die EU-Kommission eine EU-weite Kampagne, um zum Thema Gewalt am Arbeitsplatz zu sensibilisieren und aufzuklären? * Was unternimmt die Kommission zur weiteren Bekämpfung von Gewalt, Diskriminierung und sexueller Belästigung im Allgemeinen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Das *ILO 190 Übereinkommen[[32]](#footnote-32)* setzt weltweit ein klares Zeichen, damit jegliches Verhalten, das Menschen im Arbeits­umfeld herabsetzt, demütigt, sexuell belästigt oder auch physisch beziehungsweise psychisch angreift, verboten und damit auch geächtet wird. Das Übereinkommen ist weltweit das erste dieser Art, das Arbeit­nehmer:­innen sowie andere Personen in der Arbeits­welt weitreichenden Schutz vor Gewalt und Belästigung bietet. Ebenso geschützt sind natürliche Personen, die die Befugnisse, Pflichten oder Verantwortlichkeiten einer Arbeitgeberin oder eines Arbeitgebers ausüben.

1. Plank, L., Volmary, H., Krenn, M., & Blaas, W. (2023). *Shareholderorientierte transnationale Investoren in der kritischen sozialen Infrastruktur*. Verlag Arbeiterkammer Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-5867757> [↑](#footnote-ref-1)
2. Europäische Kommission. (2021). The 2021 ageing report: economic & budgetary projections for the EU Member States (2019 2070). Publications Office. <https://data.europa.eu/doi/10.2765/84455> [↑](#footnote-ref-2)
3. Alström, V. (2023, Oktober 2). Vård och omsorg nytt riskområde för organiserad brottslighet. *SVT Nyheter*. <https://www.svt.se/nyheter/inrikes/vard-och-valfard-ett-nytt-affarsomrade-for-den-organiserade-brottsligheten> [↑](#footnote-ref-3)
4. Klintö, C., & Tidningen Näringslivet. (2023, November 13). Miljarder till kriminella – så ska det stoppas. *Tidningen Näringslivet*. <https://www.tn.se/article/33266/miljarder-till-kriminella-sa-ska-det-stoppas/> [↑](#footnote-ref-4)
5. European Commission. (2024, Juni 14). *New EU rules on substances of human origin*. <https://health.ec.europa.eu/blood-tissues-cells-and-organs/overview/new-eu-rules-substances-human-origin_en> [↑](#footnote-ref-5)
6. European Commission. (2023). *Employment and social developments in Europe 2023*. Publications Office of the European Union. <https://data.europa.eu/doi/10.2767/089698> [↑](#footnote-ref-6)
7. European Commission. (2023, November 15). *Commission proposes an EU Talent Pool to help address labour shortages across Europe*. <https://home-affairs.ec.europa.eu/news/commission-proposes-eu-talent-pool-help-address-labour-shortages-across-europe-2023-11-15_en> [↑](#footnote-ref-7)
8. European Commission. (2022, April 27). *Legale Migration: Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus Drittländern* [Text]. <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2654> [↑](#footnote-ref-8)
9. European Council, & Council of the EU. (2024, Mai 15). *Migration and asylum pact*. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-migration-policy/eu-migration-asylum-reform-pact/> [↑](#footnote-ref-9)
10. Richtlinie zur Qualifizierungs- und Beratungsförderung des Landes Kärnten im Rahmen des Just Transition Fund (JTF) 13.12.2023 <https://www.ktn.gv.at/DE/repos/files/ktn.gv.at/Abteilungen/Abt11/Dateien/ESF/JTF/JTF-%20Richtlinie%20Version%2020240207.pdf?exp=1428897&fps=b9894ca421aacef52d823c6b5e47e3741b68c3d5> [↑](#footnote-ref-10)
11. Hallaert, J.-J., Vassileva, I., & Chen, T. (2024, Juni 30). *Rising Child Poverty in Europe: Mitigating the Scarring from the COVID-19 Pandemic*. IMF. <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2023/06/29/Rising-Child-Poverty-in-Europe-Mitigating-the-Scarring-from-the-COVID-19-Pandemic-534331> [↑](#footnote-ref-11)
12. European Commission. (o. J.). *The EU Strategy on the Rights of the Child and the European Child Guarantee*. Abgerufen 24. Juni 2024, von <https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/rights-child/eu-strategy-rights-child-and-european-child-guarantee_en> [↑](#footnote-ref-12)
13. Reidl, S., Streicher, J., Hock, M., Hausner, B., Waibel, G., & Gürtl, F. (2020). Digitale Ungleichheit: Wie sie entsteht, was sie bewirkt … und was dagegen hilft. *Programm Laura Bassi 4.0 - Frauen gestalten chancengerechte Digitalisierung!* <https://www.ffg.at/laura-bassi-4.0-digitalisierung-und-chancengerechtigkeit> [↑](#footnote-ref-13)
14. Ein Beispiel dafür: AMS NÖ. (2020, Oktober 22). *AMS NÖ startet wektweit erstes Modellprojekt einer Arbeitsplatzgarantie*. Arbeitsmarktservice Österreich. <https://www.ams.at/regionen/niederoesterreich/news/2020/10/ams-noe-startet-weltweit-erstes-modellprojekt-einer-arbeitsplatz> [↑](#footnote-ref-14)
15. Enache, C. (2024, Juni 4). *Tax Burden on Labor in Europe*. Tax Foundation. <https://taxfoundation.org/data/all/eu/tax-burden-labor-europe-2024/> [↑](#footnote-ref-15)
16. Müller, T. (2024). Dawn of a new era? The impact of the European Directive on adequate minimum wages in 2024. *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.4752544> [↑](#footnote-ref-16)
17. RICHTLINIE (EU) 2022/2041 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union. Abgerufen 24. Juni 2024, von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX%3A32022L2041> [↑](#footnote-ref-17)
18. Oyvat, C. (2023). Minimum wage, aggregate demand and employment: A demand-led model. *Institut Für Makroökonomie Und Konjunkturforschung*. <https://www.imk-boeckler.de/data/downloads/IMK/FMM%20Konferenz%202023/v_2023_10_20_oyvat.pdf> [↑](#footnote-ref-18)
19. TU Delft. (2024). *Socio-Economic Segregation in European Capital Cities*. Segregation Europe. <http://segregationeurope.tudelft.nl/> [↑](#footnote-ref-19)
20. Corvalan, A., & Vargas, M. (2015). Segregation and conflict: An empirical analysis. *Journal of Development Economics*, *116*, 212–222. <https://doi.org/10.1016/j.jdeveco.2015.05.002> [↑](#footnote-ref-20)
21. Gesundheit Österreich GmbH (GÖG). (2023, August 1). *Das Projekt | CN-Österreich*. Community Nursing -Österreich. <https://cn-oesterreich.at/das_Projekt> [↑](#footnote-ref-21)
22. Council of the EU, & European Council. (2024, June 17). *European disability card*. consilium.europa.eu. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/european-disability-card/> [↑](#footnote-ref-22)
23. European Commission. (2024). *The European Pillar of Social Rights in 20 principles*. Abgerufen 24. Juni 2024, von <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1606&langId=en> [↑](#footnote-ref-23)
24. European Commission. (2022, September 7). *A European Care Strategy for caregivers and receivers* [Text]. European Commission. <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_5169> [↑](#footnote-ref-24)
25. Europäisches Parlament. (2023, November). *Vergabe öffentlicher Aufträge*. Europäisches Parlament. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/34/vergabe-offentlicher-auftrage> [↑](#footnote-ref-25)
26. Europäische Kommission. (2024). *Social Climate Fund*. <https://climate.ec.europa.eu/eu-action/eu-emissions-trading-system-eu-ets/social-climate-fund_en> [↑](#footnote-ref-26)
27. Europäische Kommission. (2024). *Social dialogue*. <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=329&langId=en> [↑](#footnote-ref-27)
28. Jones, J. (2023). *Industrial Policy Synergies: Industrial Policy + Labor Policy*. <https://rooseveltinstitute.org/publications/industrial-policy-synergies-industrial-policy-labor-policy/> [↑](#footnote-ref-28)
29. Plattform für nachhaltige Finanzen. (2022, Februar 28). *Platform on Sustainable Finance’s report on social taxonomy*. European Commission. <https://commission.europa.eu/document/d07e1f1e-3a1f-4d55-add4-a130f26b33e3_en> [↑](#footnote-ref-29)
30. Europäische Kommission. (2024). *LGBTIQ Equality Strategy 2020-2025*. <https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combatting-discrimination/lesbian-gay-bi-trans-and-intersex-equality/lgbtiq-equality-strategy-2020-2025_en> [↑](#footnote-ref-30)
31. Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Rat der Europäischen Union, (2004). <http://data.europa.eu/eli/dir/2004/113/oj/deu> [↑](#footnote-ref-31)
32. Internationale Arbeitsorganisation (ILO). (2019, November 22). *Übereinkommen (Nr. 190) über Gewalt und Belästigung, 2019*. <https://www.ilo.org/de/resource/uebereinkommen-nr-190-ueber-gewalt-und-belaestigung-2019> [↑](#footnote-ref-32)